

## **Thorsten Moriße (AfD)**

1. Die Alternative für Deutschland sieht die Versorgungssicherheit in Deutschland stark gefährdet und lehnt die aktuell von Seiten der Bundesregierung und EU-Kommission betriebene Politik, die zu weiterer Verknappung führen wird, entschieden ab. Die AfD Niedersachsen möchte unserer heimischen Landwirtschaft den Rücken stärken und politische Rahmenbedingungen schaffen, die unseren Betrieben Planungssicherheit geben und ihnen ein auskömmliches Wirtschaften ermöglichen. Der drohenden Umsetzung weiterer Gängelungen unserer landwirtschaftlichen Betriebe durch „Rote Gebiete“, „Farm to Fork“ u. ä. wird sich die AfD Fraktion im niedersächsischen Landtag klar entgegenstellen.
2. Wir benötigen dringend sichere, kostengünstige Energie. Sofort und ohne ideologische Scheuklappen! Der Ernst der Lage wird von Tag zu Tag deutlicher. Es ist eine Fehlannahme, ein Industrieland wie das unsrige ausschließlich über regenerative Energien versorgen zu können. Die Lösung liegt in einem Energiemix, der alle Arten von Energiequellen beinhaltet. Dazu gehört unbedingt auch die Verfügbarkeit von bezahlbarem Kraftstoff, Heizöl und Gas - gerade in den ländlichen Regionen. Embargos, Sondersteuern wie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung oder eine sonstige ideologisch verordnete Verknappung des Energieträgerangebotes lehnen wir klar ab. Sowohl Kernkraftwerke als auch Kohlekraftwerke müssen bis auf weiteres weiterbetrieben werden, um unsere Energie nicht noch weiter zu verknappen.
3. Wertschöpfung im ländlichen Raum halten: Den Fortbestand unserer Land- und Forstwirtschaft sichern.  
Eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet endlich sicherstellen.  
Mobilität, insbesondere der Individualverkehr muss bezahlbar bleiben.
4. Zwar wurde der Wolf kürzlich ins Jagdrecht aufgenommen. Aber er genießt aktuell eine ganzjährige Schonzeit. Die AfD Niedersachsen empfindet diese umständliche, zaudernde Haltung der amtierenden Landesregierung als Affront gegenüber unseren niedersächsischen Weidetierhaltern. Für uns steht fest: Der Wolf ist überhaupt nicht im Bestand bedroht, sondern ist bereits in zu großer Population vertreten. Er muss daher umgehend bejagt werden. Dabei setzt die AfD auf die Kompetenz der niedersächsischen Jäger im Rahmen des bewährten Reviersystems. Spezielle staatlich entsandte „Wolfsjäger“, die möglicherweise ungeachtet bestehender Reviergrenzen parallel zu den jeweiligen Revierinhabern im Gelände „operieren“, lehnen wir entschieden ab, weil es einer Aushöhlung des eigentumsgleichen Jagdrechts gleichkäme. Die AfD ist der Überzeugung, dass ein jeweiliger Revierinhaber das von ihm betreute Jagdrevier am besten kennt und effektiv bejagen kann.